



BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mitglied im Bundesvorstand

Frauenpolitische Sprecherin

Mitglied und Vizepräsidentin des Thüringer Landtags

Parlamentarische Geschäftsführerin

Bildungs- und Migrationspolitische Sprecherin

Erfurt, den 20.07.2012

Liebe Freundinnen und Freunde,

auf diesem Weg möchte ich Euch über Neues aus meiner politischen Arbeit in Bund und Land informieren. Die parlamentarische Sommerpause steht vor der Tür und wir alle können uns in den kommenden Sommerwochen in der Ferne oder in gewohnter Umgebung erholen sowie Kraft tanken für die noch anstehenden Projekte und Vorhaben, die im Herbst auf der politischen Agenda stehen. Ich wünsche Euch allen einen erholsamen und fröhlichen Sommer mit Familie und FreundInnen und hoffentlich auch mit Sonne.

Ich selbst bin ab 20. August wieder wie gewohnt erreichbar.

THEMEN:

- 1) Asyl- und Flüchtlingspolitik**
- 2) Alle Inklusive – GRÜNER Sozialpolitischer Kongress in Bielefeld**
- 3) Vortragsangebot „Frauen in der Rechten Szene“**
- 4) Nein zum Betreuungsgeld! Ja zu echter Wahlfreiheit!**
- 5) Grüne Inklusionstour 2012**
- 6) Sonstiges und Terminhinweise**
- 7) Änderungen in meinen Wahlkreisbüros und Neueröffnung eines Büros in Mühlhausen**

1) Asyl- und Flüchtlingspolitik

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ein Satz dem ich mich als Bündnisgrüne verpflichtet fühle und der für mich für alle in Deutschland lebenden Menschen gilt. Deshalb haben wir auch im Juni Plenum gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE einen Antrag für einen Abschiebestopp von Roma, Ashkali und ÄgypterInnen in das Kosovo eingebracht. Der Antrag wurde abgelehnt. Besonders empört uns dabei, dass CDU und SPD sich einer Beratung des Antrages und einer Auswertung der Delegationsreise in den Kosovo im Innenausschuss schlicht verweigert haben. Stattdessen wurde ein vermeintlicher Alternativantrag vorgelegt, der die Rückkehr von Menschen, die im Kosovo keine Lebensgrundlage haben, in den Mittelpunkt stellt und die Behörden auffordert, bestehende gesetzliche Verpflichtungen umzusetzen. Genau aber jene Regelungen sind es, die die inhumane und unwürdige Situation erst geschaffen haben, der mit einem durch Thüringen ausgesprochenen Abschiebestopp ein Ende gesetzt hätte werden können.



GU in Gerstungen (Bildrechte: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.)

Die inhumane Behandlung der Flüchtlinge hier vor Ort in Thüringen hat sich im Juni wieder überdeutlich am Beispiel der Gemeinschaftsunterkunft (GU) Gerstungen gezeigt. Die marode und heruntergekommene alte Kaserne der Grenztruppen der DDR erfüllt nicht einmal die Mindeststandards für solche Unterkünfte. Hinzukommt, dass der Wartburgkreis die vom Land Thüringen für die Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen vorgesehenen Gelder nicht für diese eingesetzt hat und stattdessen in seinen regulären Haushalt übernommen hat. Es handelt sich hier um rund 800.000 Euro die nicht für die Flüchtlinge aufgewandt wurden. Der Wartburgkreis ist dabei keine Ausnahme. Auch die Kreise Altenburger Land, der Ilm-Kreis und der Kyffhäuserkreis haben Beträge bis zu über 1 Millionen € nicht für Flüchtlinge aufgewendet.

Ein positives Signal gibt es aber in Bezug auf den Umgang mit Flüchtlingen in Deutschland: Das Bundesverfassungsgericht (BverfG) entschied am 18. Juli 2012, dass die im Asylbewerberleistungsgesetz geltenden Regelsätze für Asylbewerberinnen und Asylbewerber unvereinbar mit dem Grundrechten sind. Die Sozialleistungen für Flüchtlinge liegen derzeit 40 Prozent unter den regulären Hartz IV- Bezügen.

Mit dem Urteil hat das BverfG ein klares Zeichen in Richtung Bundesregierung gesetzt. Wir fordern schon lange die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes und fühlen uns nach diesem Urteil bestätigt. Es kann und darf einfach nicht sein, dass den hier lebenden Flüchtlingen das grundgesetzlich garantierte Existenzminimum weiterhin verwehrt werden soll und gleichzeitig die Arbeitsaufnahme verboten wird. Dieses unsägliche und diskriminierende Gesetz führt dazu, dass vielerorts immer noch Gutscheine statt Bargeld an die Flüchtlinge ausgegeben werden und die medizinische Versorgung auf akute Schmerzzustände beschränkt ist.



GU in Gerstungen (Bildrechte: Flüchtlingsrat Thüringen e.V.)

Ausführliche Berichte und Pressemitteilungen zum Thema Asyl- und Flüchtlingspolitik finden Sie/Ihr hier: <http://www.rothe-beinlich.de/aktuell/sozial/index.html>

2) Alle Inklusive – GRÜNER Sozialpolitischer Kongress in Bielefeld

Vom 06. bis 07. Juli fand in Bielefeld der GRÜNE sozialpolitische Kongress unter dem Motto „Alle Inklusive“ statt. Knapp 350 TeilnehmerInnen diskutierten zwei Tage lang über die Leitlinien und Ideen GRÜNER Sozialpolitik.

Deutlich wurde vor allem eines: Die Leitidee GRÜNER Sozialpolitik ist die Inklusion. Es geht um gerechte Zugänge zu staatlichen Institutionen genauso wie um eine materielle Absicherung, auch im Ernstfall, die ein menschenwürdiges Leben und Teilhabe ermöglicht. Eine inklusive Sozialpolitik ist eine Politik die eine Gesellschaft formt, in der jede und jeder akzeptiert wird und die Möglichkeit hat in vollem Umfang an ihr teil zu nehmen. Unterschiede werden dabei wahr- und ernstgenommen, aber ihre Bedeutung wird eingeschränkt, denn die Vielfalt wird zur Normalität.



Auch wir versuchen durch verschiedene Maßnahmen die Vielfalt zur Normalität werden zu lassen. So gab es auf dem Kongress Gebärdendolmetscherinnen die die zentralen Vorträge, Reden und Schlaglichter übersetzt haben.

Die offene Debatte am Freitagabend hat gezeigt, im Thema soziale Gerechtigkeit steckt viel Musik. Die spannendste Diskussion wird weiterhin die Frage sein, wie viel der vorhandenen Mittel werden in direkte Transfers wie das ALG II oder das Kindergeld gesteckt und wie viel nutzen wir zum Ausbau und zur Verbesserung staatlicher Institutionen. Das Zukunftsforum „Antworten auf die auseinanderfallende Gesellschaft“, in dem ich seit nunmehr 2 Jahren arbeite, hat eine kleine und wirksame Formel entwickelt. Für jeden zusätzlichen Euro in direkte Transfers wollen wir zwei Euro in die Institutionen investieren.

Dieses Verhältnis von 2 zu 1 darf allerdings immer nur ein Richtwert sein, Dogmen können wir uns in der Absicherung derjenigen die auf Solidarität angewiesen sind nicht leisten. Denn wir dürfen nicht diejenigen aus den Augen verlieren, die aus den unterschiedlichsten Gründen auf direkte Transfers angewiesen sind. Bevor wir anfangen können in Institutionen zu investieren, braucht es einen verfassungskonformen und gerechten Regelsatz im ALG II. Geld ist nicht alles, aber ohne Geld ist vieles nichts.

In einzelnen Workshops wurden die zahlreichen Konzepte GRÜNER Sozialpolitik intensiv diskutiert. Spannende Diskussionen gab es zum Beispiel in dem von mir geleiteten Workshop „Gemeinsam. Solidarisch. Emanzipiert: Teilhabe und Sozialpolitik geschlechtergerecht gestalten.“ Die TeilnehmerInnen machten deutlich, dass die eigenständige Existenzsicherung von Frauen ein zentrales Thema GRÜNER Sozialpolitik bleiben muss. Dazu gehören unter anderem umfassende Strukturreformen wie die Abschaffung des Ehegattensplittings und damit zusammenhängend eine Umwandlung diverser familienbezogener Leistungen in eine Kindergrundsicherung, die Abschaffung von Minijobs, equal pay oder auch die Frauenquote in Führungspositionen von Unternehmen.

Insgesamt war der Kongress, auch für die GRÜNE Frauenpolitik, ein voller Erfolg! Jetzt geht es an das nächste Projekt, GRÜNE Sozialpolitik wird eines der zentralen Themen der nächsten Bundesdelegiertenkonferenz.

3) Vortragsangebot „Frauen in der Rechten Szene“

Für den 7. Juni war ich als Frauenpolitische Sprecherin von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Frauenkonferenz der Polizei nach Saalfeld eingeladen, um dort einen Vortrag zu „Frauen in der rechten Szene“ zu halten und anschließend aktuelle Themen zu diskutieren.

Die etwa 80 Teilnehmerinnen der Konferenz waren sofort hellhörig, als ich meinen Vortrag mit den



Worten: „Auch Frauen sind Nazis!“ begann. Auch mit Blick auf die furchtbaren Taten des NSU werden Frauen als Täterinnen und Nazis nach wie vor unterschätzt.

Schon lange ist bekannt: Frauen sind ein auf unterschiedlichsten Ebenen in der Naziszene aktiv. Zwar beteiligen sie sich prozentual seltener an Gewalttaten als rechtsextreme Männer, bei den Einstellungsmustern sind sie oftmals jedoch sogar rassistischer als ihre männlichen Kameraden. Etwa ein Viertel der NPD-Mitglieder sind Frauen.

Es gibt Frauenkameradschaften,

Frauenvereinigungen, wie den Ring Nationaler Frauen – die Frauenorganisation der NPD – oder

auch die Gemeinschaft Deutscher Frauen. Gerade junge Mädchen steigen mitunter in die Szene ein, weil sie sich auch aktionistisch betätigen wollen oder die Gemeinschaft suchen. Frauen mieten Räume für Nazitreffs und Konzerte, fungieren als Strohfrauen für Immobilienkäufe, stehen am Infostand, betätigen sich als Ordnerinnen auf Demos, kandidieren für Mandate aber auch als Elternsprecherinnen in Schulen, engagieren sich für die „deutsche Umwelt“, betreuen gefangene Nazis um sie bei der Stange zu halten – so auch Beate Zschäpe bis zu ihrem Untertauchen -, gehören aber auch zur „schlagenden Front“. Sehr schnell wird ihnen allerdings auch deutlich gemacht, dass ihre Hauptaufgabe darin besteht, die „deutsche Art“ zu stärken und nationale Familien zu gründen, in denen die Kinder im nationalen Geiste zu Nazis erzogen werden. Gezielt studieren rechtsextreme Frauen auf Lehramt oder gehen in die ErzieherInnenberufe, um Kinder für ihre Ideologie zu gewinnen.



Im Anschluss folgte eine lebhaft und teilweise auch kontroverse Debatte. Hier wurde vor allem die Alltagswelt der Polizistinnen und Polizisten z.B. im Kontext Demonstrationen, Strafverfolgung u.a. gespiegelt und immer wieder auch hinterfragt, wie man Nazis adäquat begegnen kann. Astrid Rothe-Beinlich verdeutlichte, dass es das Wi(e)dersetzen gegen Naziaufmärsche dringend braucht, um diese nicht zu bagatellisieren, zudem warb sie für eine lebendige Zivilgesellschaft und friedlichen Protest sowie ein gutes Miteinander mit der Polizei.

In der letzten LAG „Frauen“ am 11. Juli stand das Thema gleichfalls auf der Tagesordnung. Gerne biete ich Euch diesen Vortrag vor Ort im Kreisverband an. Falls hierfür Interesse besteht, meldet Euch bei mir oder in meinen Wahlkreisbüros.

Die Kurzfassung des Vortrages findet ihr auch auf meiner Homepage unter:
<http://www.rothe-beinlich.de/show/5180344.html>

4) Nein zum Betreuungsgeld! Ja zu echter Wahlfreiheit!

Das Betreuungsgeld ist schädlich. Das Betreuungsgeld ist teuer. Das Betreuungsgeld will niemand – außer der CSU.

Als Bündnis über Parteigrenzen hinweg machen wir uns dafür stark, dass Eltern ein gutes und verlässliches Betreuungsangebot für Kinder haben. Damit alle Kinder in ihrer Entwicklung gefördert werden. Damit Mütter und Väter ihr Leben, Familie und Beruf, so organisieren können, wie sie es für richtig halten. Das gibt es nicht umsonst. Dafür werden die Milliarden gebraucht, die für das Betreuungsgeld vorgesehen sind.

Das wissen auch viele Abgeordnete der Koalitionsfraktionen. Ihr Verantwortungsbewusstsein ist jetzt gefordert – bei der entscheidenden Abstimmung im Bundestag. Denn wir brauchen das Geld dringend für den Ausbau von Kita-Plätzen. Das gilt umso mehr vor dem Hintergrund, dass die angestrebte Betreuungsquote von 35 Prozent unter dem heutigen Bedarf zurückbleibt. Wir brauchen keine Anreize, Kinder von zusätzlicher Förderung fernzuhalten und vor allem Frauen den Wiedereinstieg in den Beruf zu erschweren. Für mehr und für bessere Betreuungsangebote!



Investitionen in Kitas und Krippen, in mehr Plätze aber auch in mehr Qualität, sind eine wichtige Voraussetzung, dass alle Kinder gut gefördert und betreut werden. Wir wollen, dass jedem Kind, unabhängig vom sozialen Status oder Herkunft, die bestmöglichen Bildungschancen offen stehen - und zwar von Anfang an. Dafür ist der weitere Kita-Ausbau zwingend notwendig.

Fehlende Betreuungsplätze sind das größte Hindernis für Eltern, im Beruf den Anschluss zu halten. Der Zugang zu eigenständigem Erwerbseinkommen ist der beste Schutz vor Armut. Ohne verlässliche öffentliche Betreuungsinfrastruktur ist diese aber gerade für Familien mit mittleren oder geringeren Einkommen und für Alleinerziehende, die sich keine private Betreuung leisten können, nicht möglich. Gerade sie sind dann im Alter von Armut bedroht.

5) Grüne Inklusionstour 2012

Ich habe in den letzten Wochen und Monaten eine Tour zum Thema Inklusion durch Thüringen gemacht. Dabei wollten ich nicht nur unsere Idee von einer inklusiven Gesellschaft und einem inklusiven Bildungssystem in den Freistaat tragen. Ich wollte vor allem mit AkteurInnen ins Gespräch kommen und ihre Erfahrungen aber auch Ängste und Nöte bei der Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen diskutieren. Wir Bündnisgrünen sind der festen Überzeugung, dass Inklusion nur gelingen kann wenn wir alle Beteiligten mitnehmen. Auch wenn wir für unsere Ideen viel Zustimmung erfahren haben, ist doch nicht vom Tisch zu weisen, dass die



jetzige Landesregierung noch immer keinen klaren Kurs für ein inklusives Bildungssystem in Thüringen vorangebracht hat. Moniert wurde zudem ein fehlendes inklusives Konzept bereits ab dem Kindergarten mit fließenden Übergängen bis hin zur Berufsausbildung und damit einhergehend die notwendige Verknüpfung von vorschulischer und schulischer Pädagogik. Während in Kindergärten seit Jahren eine Umstellung auf Integration und Inklusion zu sehen ist, wird dies mit Beginn der Schule plötzlich unterbrochen. Vor allem aber die Personalfrage muss schnellst möglich geklärt werden. Ohne ausreichend gut geschultes Personal lässt sich Inklusion nicht umsetzen. Dazu bedarf es wiederum der nötigen finanziellen Mittel, mit denen alles steht und fällt!

Die Bereitstellung dieser sollte Hauptziel der Politik sein, um jedem Kind und seinen Eltern selbst zu überlassen, an welcher Einrichtung es lernen möchte. Ich möchte die vielen Anregungen und Vorstellungen, die ich auf meinen Inklusionsveranstaltungen gesammelt habe in unsere parlamentarische Arbeit einfließen lassen.



Aktuell habe ich unsere Forderungen und Vorstellungen zu gelingender Bildungspolitik in einem Flyer zusammengefasst, diesen finden Sie/Ihr hier:

http://www2.rothe-beinlich.de/uploads/schulpolitik_web.pdf

6) Sonstiges und Terminhinweise:

Astrid Rothe-Beinlich unterwegs - „Grüne Kultour“ vom 21. bis zum 23.08.2012

In der Zeit vom 21.08.2012 bis 23.08. wird Astrid im Rahmen der „Grünen Kultour 2012“ verschiedenste Thüringer Kultureinrichtungen besuchen, um sich ein möglichst umfassendes Bild von der kulturpolitischen Ausgangslage und Situation zu verschaffen.

Geplant ist beispielsweise ein Besuch des Kunsthauses in Erfurt, welches in den letzten Tagen leider durch den Überfall von rechtsextremen Schlägern auf die Ausstellung „miss painting“ im Blick der Öffentlichkeit stand. Zu den Vorfällen haben wir zudem eine Kleine Anfrage eingereicht. Weitere Besuche sind u.a. geplant bei der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt, der Klassik-Stiftung Weimar, dem Freilichtmuseum Hohenfelden, dem 3K-Kunst und Kommunikation e.V. in Mühlhausen, den Mühlhäuser Museen, dem Thüringer Landesmuseum Heidecksburg und bei dem Verband der Bildenden Künstler.

Den genauen Zeitplan veröffentlichen wir, sobald alle Termine feststehen. Interessierte aus den Kreisverbänden sind natürlich herzlich eingeladen bei den Terminen vor Ort dabei zu sein.

Meldet Euch einfach bei uns, damit wir das einplanen können.

20 Jahre Pogrome in Rostock – Demonstration am 25. August

Anlässlich des traurigen 20 jährigen Gedenkens an die rassistischen Progrome in Rostock finden dort rund um den 25. August diverse Veranstaltungen und Demonstrationen statt. Am 24. August wird die grüne Rechtsextremismuskommision in Rostock tagen, der auch ich angehöre. Und ich werde auch am 25.8. in Rostock sein und auf der Kundgebung sprechen. Wir wollen von Thüringen aus einen Bus nach Rostock organisieren, wer Interesse daran hat, melde sich bitte in meinem Wahlkreisbüro an erfurt@rothe-beinlich.de

Bundesfrauenkonferenz am 15.-16. September 2012 in Leipzig

Zum ersten Mal findet die zweijährlich tagende grüne Bundesfrauenkonferenz im Osten statt – und zwar in Leipzig. Das Motto unserer Konferenz, bei der ich hoffentlich auch viele von Euch begrüßen darf, lautet: ARBEIT.GESCHLECHT.GERECHT.

Nähere Informationen dazu findet Ihr hier:

<http://www.gruene.de/themen/frauenpolitik/arbeit-geschlecht-gerecht.html>

Endlich beantwortet wurde nun auch meine Kleine Anfrage an die Landesregierung zum Nazispektakel "Rock für Deutschland", welches am 7. Juli zum 10. Mal in Gera veranstaltet wurde. Leider enthält sich die Landesregierung jeglicher politischen Bewertung, was ich gerade angesichts der Debatte rund um die Morde des NSU für eine Bankrotterklärung halte. Die Antworten auf meine Anfrage findet Ihr hier:

<http://www.rothe-beinlich.de/admin/artikel/5255447.html>

Ein weiteres Thema das uns seit vielen Monaten beschäftigt ist unsere Normenkontrolle gegen die Novellierung des Gesetzes für Schulen in freier Trägerschaft, wo wir nunmehr vor dem Thüringer Verfassungsgericht streiten. Unser Ziel sind weiterhin gleiche Chancen und Rahmenbedingungen für alle Schulen. Wir halten Euch auch dazu auf dem Laufenden.

7) Änderungen in meinen Wahlkreisbüros und Neueröffnung eines Büros in Mühlhausen

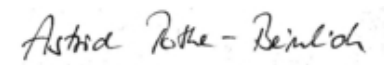
Zum 17. August wird es einen personellen Wechsel in meinen Wahlkreisbüros geben. Ich bedanke mich ganz herzlich bei Steffi Dolling, Jana Schmidt und Madeleine Henfling, die bis dato schier unermüdlich in meinen Büros und für GRÜN gewirkt haben. Jana wird künftig den Lokalen Aktionsplan in Erfurt begleiten, Steffi kümmert sich nunmehr vorrangig um ihren kleinen Sohn und Madeleine ist für Euch in Carstens Weimarer Büro die Ansprechpartnerin.

Ab 17. August wird Andreas Leps mein Büroleiter für die Büros in Erfurt und Gera und Vollzeit für mich arbeiten. Außerdem eröffne ich gemeinsam mit Carsten Meyer Ende August ein weiteres Wahlkreisbüro in Mühlhausen, die Einladung dazu geht Euch gesondert zu. Damit sind wir dann auch im Unstrut-Hainich-Kreis vertreten.

Meine **nächste BürgerInnensprechstunde** findet am **16.10.2012 von 16 bis 17 Uhr** im Erfurter Wahlkreisbüro in der Lutherstraße 5 statt.

Wenn Ihr Vorschläge, Wünsche, Anregungen und/oder Kritik habt, lasst es mich wissen. Ich komme gern zu Euch und auch Ihr seid mir – nicht nur in meinen Wahlkreisbüros in Gera und Erfurt sondern auch sonst - stets willkommen.

Herzlichst Eure



Astrid Rothe-Beinlich

KONTAKT:

Wahlkreisbüro Astrid Rothe-Beinlich in Erfurt

Lutherstr. 5
99084 Erfurt

Büroleiterinnen bis 16. August 2012

Jana Schmidt und **Madeleine Henfling**

T: +49(0)361/ 57 650 54

F: +49(0)361/ 57 650 35

erfurt@rothe-beinlich.de

Wahlkreisbüro Astrid Rothe-Beinlich in Gera

Heinrichstraße 50
07545 Gera

Büroleiterinnen bis 16. August 2012

Jana Schmidt und **Madeleine Henfling**

T: +49(0)365/ 55 146 65

gera@rothe-beinlich.de